

Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.)

Jahrbuch der Europäischen Integration 2003 / 2004

F. Algieri · D. Allen · J. Alner · F.-L. Altmann · H.-J. Axt · E. Barbé · P. Becker · P. Bender · St. Bierling · B. Böttcher · A. Busche · W. Deffaa · J. Deimel · F. Deloche-Gaudez · U. Diedrichs · R. Döhrn · Chr. Franck · A. U. Gabanyi · C. Giering · M. Grosse Hüttmann · Chr. Gusy · V. Handl · I. Hartwig · M. Hirsch · A. Huckstorf · B. Hüttemann · A. Inotai · J. Janning · M. Jopp · F. Kainer · I. Kempe · W. Kösters · A. Krašovec · B. Laffan · D. Lajh · G. Lakatos · K.-O. Lang · K. Lárishová · F. Laursen · Chr. Lequesne · R. Lindahl · I. Linsenmann · B. Lippert · Chr. Lippert · P. Luif · S. Magiera · R. Maruhn · A. Maurer · W. van Meurs · Th. Middendorf · J. Monar · M. Rosário de Moraes Vaz · B. van Mourik · P.-Chr. Müller-Graff · F. Neugart · F. Neuhann · M. Niedobitek · V. Nienhaus · U. Nuscheler · Th. Petersen · A. Pijpers · K. Raik · E. Regelsberger · M. Roth · S. Sandawi · Chr. S. Schewe · J. Schmidt · S. Schmidt · O. Schmuck · M. Selmayr · G. Seufert · M. Smith · J. Stehn · I. Tannous · K. Toepel · R. Trautmann · J. Turek · G. Umbach · G. Unser · P. M. Wagner · W. Weidenfeld · E. Werner · S. Weske · W. Wessels · P. A. Zervakis



Die Bilanz der Europäischen Integration 2003/2004

Werner Weidenfeld

Das große Europa nimmt Fahrt auf. Erstmals in der Geschichte des Kontinents ziehen nahezu alle europäischen Staaten an einem Strang, um gemeinsam in eine neue Ära aufzubrechen. Die Einigung des europäischen Kontinents nach Jahrhunderten blutiger Kriege, der menschenverachtenden Herrschaft von Ideologien und der absurden gegenseitigen Bedrohung totaler Vernichtung markiert eine historische Wegmarke. Das ehrgeizigste Friedensprojekt in der Geschichte Europas ist auf dem Weg zu seiner erfolgreichen Vollendung.¹

Ausgehend von einem Zusammenschluss von sechs Staaten mit begrenzten Feldern der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat sich die Europäische Union (EU) in den vergangenen Jahrzehnten zur prägenden politischen Entität entwickelt, unter deren Dach die Einheit des europäischen Kontinents verwirklicht wird. 15 Jahre nach dem politischen Beben in der Mitte Europas hat sich die freiwillige Bündelung von Souveränität zur Gewinnung gemeinsamer Handlungsfähigkeit als die größte Idee der Europäer seit der Aufklärung durchgesetzt. Am 1. Mai 2004 wurde der historische Schritt der Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten vollzogen.² Ab 2007 sollen Bulgarien und Rumänien – wahrscheinlich auch Kroatien – in den Kreis der EU-Mitglieder aufgenommen werden. Weitere Staaten des westlichen Balkans werden folgen. Noch im Jahr 2004 werden die Staats- und Regierungschefs darüber entscheiden, ob und wann Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Kroatien und Mazedonien eröffnet werden – eine Union mit mindestens 30 Mitgliedstaaten wird vom Zukunftsszenario zur politischen Realität. Parallel dazu definiert die EU ein umfassendes Partnerschaftskonzept gegenüber ihren Nachbarn.³ Vor allem aber ist die Union im Begriff, ihre gemeinsamen Werte und Ziele auf ein verfassungsrechtliches Fundament zu stellen. Den umfassenden Ordnungsrahmen für alle Dimensionen europäischen politischen Handelns wird in Zukunft die Europäische Verfassung bilden. Die EU vollzieht einen weiteren Schritt hin zu supranationaler Staatlichkeit.

Mit diesem beachtlichen Grad von Erweiterung einerseits und Vertiefung der Integration andererseits erreicht die Europäische Union eine neue Dimension. Nach Jahrhunderten der inneren Zerrissenheit muss sich der europäische Kontinent im angehenden Jahr-

1 Vgl. u.a. Werner Weidenfeld/Josef Janning: Europas Alternativen. Gestaltungsoptionen für die große EU, in: Internationale Politik, 59. Jg., 4/2004, S. 1-10.

2 Vgl. u.a. Barbara Lippert: Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Nomos 2004; Claus Giering: Die institutionellen Konsequenzen der EU-Erweiterung, in: Der Bürger im Staat, 1/2004, S. 48-55; Thomas Fischer: Eine Verfassung für das große Europa, ebd., S. 56-62; Franco Algieri: Die erweiterte EU als internationaler Akteur, ebd., S. 63-68; Dieter Cassel/Paul Welfens (Hrsg.): Regionale Integration und Ost-Erweiterung der Europäischen Union, Stuttgart 2003; Martin Brusis/Janis A. Emmanouilidis/Christoph Hofbeck: EU 25+. Eine Bestandaufnahme nach dem Europäischen Rat von Kopenhagen, C.A.P Working Paper Januar 2003; Ognian N. Hishov: Arbeitsplätze, Steuern und Subventionen. Volkswirtschaftliche Überlegungen zur EU-Erweiterung, SWP-Aktuell 23 Mai 2004; Werner Weidenfeld: Eingesessene, Ankommende und Außenstehende. Das große Europa ist gemeinsam zu gestalten, in: Europäische Rundschau vom 1.1.2004.

3 Vgl. u.a. Kempe, Iris (Hrsg.): Prospects and Risks Beyond EU Enlargement. Challenges of a Pan-European Policy, Opladen 2003; Meurs, Wim van (Hrsg.): Prospects and Risks Beyond EU Enlargement. Southeastern Europe: Weak States and Strong International Support, Opladen 2003.

tausend in neuen Gefilden bewähren. Die EU bildet weltweit den größten Binnenmarkt und verfügt mit dem Euro über eine gemeinsame Weltwährung. Europa ist zu einem politischen und sicherheitspolitischen Raum zusammengewachsen. Kulturell ist es im Begriff, die Grenzen des christlichen Abendlandes zu überschreiten.

Europa erhält gegenwärtig ein neues Gesicht: die Erweiterung zu einem großen Integrationsraum, die Konsolidierung durch eine Verfassung, die absehbaren Konflikte um Macht und Finanzanteile und die erodierende Legitimation mangels Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament.⁴ Europas neues Gesicht ist also ambivalent: Die Erfahrung großer Erfolge wird ergänzt durch die Sorge vor der nächsten Krise.

Die Erweiterung

Die Integration Europas hatte von Beginn an stets mehr im Sinn als die reine Maximierung des Nutzens ihrer Mitglieder. Die Europäische Union verbindet wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität mit Strukturen des Ausgleichs der Interessen aller Mitglieder. Integration bedeutet Teilnahme an und in einer Schicksalsgemeinschaft.

Zum Grundgedanken dieser Schicksalsgemeinschaft gehört das Konzept europäischer Solidarität und ein konstitutiver Bestandteil dieses Solidarkonzeptes ist dessen Offenheit für weitere Mitglieder. Nach dem Selbstverständnis des integrierten Europas ist der Weg der mittel- und osteuropäischen Staaten Europas zu Demokratie und Marktwirtschaft deshalb zugleich auch der Weg in die Europäische Union – nur ihre Aufnahme in die EU und ihre formelle Gleichstellung mit den jetzigen Mitgliedern kann die Spuren des geteilten Europas überwinden.

Der EU-Beitritt von zehn Kandidaten stellt eine nie da gewesene Herausforderung dar.⁵ Mit ihrer einseitigen Fixierung auf die Kosten befindet sich die Diskussion um die Erweiterung jedoch in einer Schieflage – dies ist nicht nur eindimensional gedacht, sondern auch falsch. Zweifellos werden die künftigen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa zunächst zu den Nettoempfängern in der Union zählen. Da ihr wirtschaftlicher Wohlstand selbst im Falle der heutigen günstigen Wachstumsprognosen von ca. 5% jährlich auf absehbare Zeit unter dem der meisten anderen EU-Länder liegen wird, werden sie längerfristig auf Transferzahlungen aus dem Gemeinschaftshaushalt angewiesen sein. Die Osterweiterung beinhaltet aber insgesamt für die EU einen großen wirtschaftlichen Nutzen und jede glaubwürdige Kalkulation der Osterweiterung muss die positiven Effekte berücksichtigen.⁶ Trotz der positiven Bilanz ist das Projekt einer großen EU in Gefahr, weil Europa die strategischen Chancen der Erweiterung nicht offensiv thematisierte.

Mit dem 1. Mai 2004 hat sich die Mitgliederzahl der Europäischen Union, die einst als Bündnis von sechs demokratisch ausgereiften, marktwirtschaftlich gefestigten Staaten angefangen hatte, um 66% – von 15 auf 25 Mitglieder – vergrößert. Die neue kulturelle, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Heterogenität wird von der trocken-mathematischen Formel „15 plus 10 ist gleich 25“ notdürftig kaschiert. Der Beitrittsprozess mag

4 Vgl. u.a. Dieter Nohlen: Wie wählt Europa? Das polymorphe Wahlsystem zum Europäischen Parlament, in: APuZ B17/2004, S. 29-37; Dieter Roth/Bernhard Kornelius: Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13. Juni 2004, in: APuZ B17/2004, S. 46-54.

5 Vgl. u.a. Barbara Lippert: Erweiterungspolitik der Europäischen Union, in diesem Band sowie Barbara Lippert: Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Nomos 2004.

6 Vgl. u.a. Werner Weidenfeld (Hrsg.): Jenseits der EU-Erweiterung. Strategiepapier, Gütersloh 2001; Bertelsmann Stiftung und Forschungsgruppe Europa (Hrsg.): Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Union (Gütersloh 1998).

am 1. Mai 2004 seinen krönenden Abschluss finden – die Heranführung im eigentlichen Sinne wird aber weitergehen. Auch die amerikanische Begrifflichkeit der „EU expansion“ (obwohl dieser Terminus nicht so martialisch belegt ist, wie er in Europa verstanden wird) betont die gewiss vorhandene „imperiale“ Dimension Europas als Regionalmacht, übersieht aber die zähe Aushandlung neuer Arrangements in einer EU-25. Die Neuordnung der Machtverhältnisse innerhalb Europas und die Einbindung der Heterogenität werden sich weder mittels der Mathematik von Sitzverteilungen und Stimmgewichtungen auf europäischer Ebene noch durch symbolische Gesten verdecken lassen.

Die komplizierten Übergänge von der Diktatur zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Blockstruktur zur nationalen Eigenständigkeit waren und sind zum Teil noch belastet durch eine Fülle ungelöster Probleme. Zu nennen sind etwa ökonomische Rückständigkeit, eine veraltete unterentwickelte Infrastruktur, gravierende ökologische Schäden sowie zivilgesellschaftliche Defizite, d.h. mangelndes Vertrauen in den Staat, in die Institutionen und das Rechtssystem. Die Vergrößerung des Wirtschaftsfalles und die Divergenz der Interessenlagen führen insgesamt zu einem heterogeneren und politischeren Europa. Die Verbote der damit verbundenen konfliktträchtigen Folgen lassen sich seit geraumer Zeit beobachten: Etwa haben sich die Verteilungskämpfe um die Strukturfonds und das Agrarbudget der EU verschärft und im vergangenen Jahr wurde ausgiebig über das Reizthema der Arbeitnehmerwanderung diskutiert. Dabei ist der Aushandlungsprozess rund um die neue EU-Agenda 2007 erst in Ansätzen eröffnet worden, warf jedoch mit dem spanischen und polnischen Agieren beim Europäischen Rat von Brüssel Anfang Dezember 2003 bereits erste Schatten voraus.

Galt zu Beginn des Unterfangens der Osterweiterung die Reformierung der Entscheidungsstrukturen und -prozeduren der Union als *conditio sine qua non* für die Aufnahme neuer Mitglieder, droht jetzt am 1. Mai 2004 der genau umgekehrte Fall einzutreten: Die erfolgte Aufnahme neuer Mitglieder trägt zur Verzögerung notwendiger Schritte zur Vertiefung der europäischen Integration bei. Aber auch angesichts der wenig optimistisch stimmenden Umfrageergebnisse des Eurobarometers bezüglich der Bereitschaft der Bürger in den heutigen EU-Staaten, neue Länder im Klub willkommen zu heißen, mahnen Politiker allerseits eine ausgedehnte Phase der „Verdauung“ oder Konsolidierung an.

Während die Euroskeptiker bei den Referenden in den Beitrittsländern überraschenderweise den Kürzeren gezogen haben, belegen die Eurobarometer-Daten, dass es den Erweiterungsbefürwortern nur begrenzt gelungen ist, die Bürger mitzunehmen.⁷ In vielen EU-Staaten mangelte es in den letzten Jahren an offensiver Überzeugungsarbeit. Statt die oben genannten Vorteile der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsländern auszuspielen, überlässt man das Feld ungewollt Populisten, die die nachvollziehbaren Ängste der Bürger schüren.

2003 entzündete sich die Debatte über die endgültige Silhouette „Europas“ an der Türkeifrage. Die Aufgabe, den Prozess der europäischen Integration aktiv zu gestalten, darf jedoch nicht von der Frage EU-27 oder EU-28 abhängig gemacht werden. Der Erweiterungsprozess insgesamt wird sich auf absehbare Zeit nicht abschließen lassen. Es wäre verhängnisvoll, die Beantwortung strategischer Herausforderungen wegen der herbeigesehnten

⁷ Nach neuesten Erhebungen in der EU-15 befürworten 47% der Bürger die Erweiterungsrunde 2004, aber 36% sprechen sich dagegen aus. Die Bandbreite reicht bei den Befürwortern von 65% in Griechenland bis zu magerem 34% in Frankreich. Folgerichtig ist Frankreich mit 56% führend bei den Erweiterungsskeptikern gegenüber lediglich 15% in Spanien. Vgl. Candidate Countries Eurobarometer. Full Report 3 (2003); Public Opinion in the European Union, First Results. Eurobarometer 60 (2003), S. 9-10.

finalité offen zu lassen. Von der europäischen Öffentlichkeit kaum bemerkt hat Brüssel außerdem über die große Erweiterungsrunde „plus zehn“ im Jahre 2004 und die anvisierte kleine Erweiterungsrunde hinaus, die drei bis vier Jahre später aller Wahrscheinlichkeit nach Rumänien und Bulgarien als Nachzügler der Helsinki-Gruppe und Kroatien als Vorreiter der Zagreb-Gruppe umfassen wird, unumkehrbare Beitrittsperspektiven ausgesprochen. Die Umsetzung der Beitrittsperspektive der Westbalkan-Staaten Serbien-Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien lässt sich ebenso wenig zeitlich eingrenzen wie die Dauer eventueller Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, über die Ende 2004 entschieden werden soll. Eine Union, die ihren Versprechen nachkommt, könnte erst ab einer EU-33 von „Vollendung“ sprechen. Durchkreuzt werden könnte dies weniger von möglichen Beitrittsgesuchen der Schweiz, Islands, Norwegens oder gar Israels als von dem wachsenden strategischen Gebot, Nachbarländern jenseits der Außengrenze einer künftigen EU-25/27 flexible, differenzierte Formen der Integration anzubieten.

Auch wenn man gedanklich von den verschiedenen Szenarien der differenzierten Vertiefung bzw. Erweiterung der Integration abstrahiert, birgt die Osterweiterung nach dem 1. Mai 2004 reichlich Zündstoff. Für die Beitrittsländer hatte logischerweise die endgültige Unterschrift unter die Beitrittsurkunde von Anfang an höchste Priorität, während die heutigen Mitglieder und die Kommission auf eine „ein-zu-eins“ Umsetzung des Acquis pochten.

Auch die uneingeschränkte Vollmitgliedschaft der Zehn wird den feinen Unterschied – real und perzipiert – zwischen alten und neuen Mitgliedern nicht schlagartig beseitigen können. Die Folgefragen der Osterweiterung werden somit zu EU-internen Streitpunkten. Was sich damit abzeichnet, ist aber keine einfache Neuteilung Europas in Alteingessene und Neumitglieder, sondern wechselnde Koalitionen. Dennoch hat diese Konstellation sowohl das Potential, den Integrationsprozess zu blockieren als auch ihn gezielt voran zu treiben. Die nachhaltige Akzeptanz der Neuen durch die Alteingessenen wird sich verschränken mit den strukturellen Spannungsverhältnissen zwischen den EU-Mitgliedern: zwischen Kleinen und Großen – wobei nur Polen und ggf. Rumänien zu den (Mittel-) Großen gehören könnten –, zwischen Östlichen und Südlichen, zwischen Nettozahlern und Empfängerländern. Insgesamt steht zu erwarten, dass der Ausgleichs- und Akzeptanzprozess zwischen Neuen und Alten drei Formen annehmen wird: die Durchsetzung von Nationalinteressen, die vollendete Implementierung des Acquis und, im Umkehrschluss, die Einhaltung „europäischer Normen und Regeln“ durch die heutigen Mitglieder.

Die heroische Anpassungsleistung der Übernahme des Acquis innerhalb weniger Jahre wird seit dem 1. Mai 2004 ihrer gründlichsten Überprüfung unterzogen, nämlich in der realen Teilnahme an allen Dimensionen der europäischen Integration. Nachdem die Beitrittsstaaten zehn Jahre intensiv und eindringlich auf ihren „europäischen Gehalt“, die Umsetzungen des EU-Acquis und die Einhaltung „europäischer Normen und Werte“ geprüft wurden, ist mit dem Beitritt eine gewisse Umkehrung nicht undenkbar. Zum Beispiel in der Minderheitenpolitik wäre die Frage gerechtfertigt, ob die etablierten Mitglieder selbst die bei den Neukömmlingen eingeforderten Normen und Werte immer einhalten. So ist es sehr wohl denkbar, dass gerade die Beitretenden sie mit Überzeugung daran erinnern werden und so potentiell die Europäisierung in verschiedenen Bereichen vorantreiben.

Nicht nur im Sinne der inneren Europäisierung, sondern auch in den Außenbeziehungen deutet die Erweiterung auf eine Differenzierung. Das Jahr 2003 hat unter Beweis gestellt, dass sich die meisten Beitrittsländer aus historischen, aber auch aus taktischen Überlegungen gegenüber der einzigen übriggebliebenen Supermacht USA und der immer

noch als bedrohlich nah empfundenen Großmacht Russland anders positionieren als EU-Gründerstaaten wie Frankreich oder Deutschland.

Die Osterweiterung ist nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, ein ökonomisches Thema. Man muss auch die kulturellen Komponenten sehen, denn als eine der Antworten auf diesen Wandel im Zeitraffer der letzten zehn Jahre sind bestimmte historische Grundprofile zurückgekehrt. Bei dem Blick auf die großen Konstellationen wird unübersehbar, dass wir es mit einer Wiederkehr kulturell gewachsener historischer Räume zu tun haben. Vor allem in Mittel- und Osteuropa gewinnen geschichtlich abgesunkene mentale Prägeformen eine neue Gegenwart in Gestalt verschiedener Kulturregionen. Da ist das durch das westliche Christentum und das Habsburger Reich geprägte Ostmitteleuropa, das durch die osmanische Herrschaft geprägte Südosteuropa, das byzantinisch orientierte russische Reich. Die alten Grenzen zwischen dem katholischen und dem orthodoxen Europa, zwischen dem osmanischen und dem Habsburger Reich haben wieder an Relevanz gewonnen.

Der Balkan, nachbarschaftlich umgeben von gegenwärtigen und künftigen Mitgliedern der EU, weist in einer besonders dichten Form einen historischen Erfahrungsgrund auf, der in dieser oder jener Weise die Landkarte des gesamten Kontinents durchweht: Kulturelle Vielfalt trifft in großer räumlicher Dichte aufeinander. Das hat Orte von hoher Symbolkraft für unterschiedliche Ethnien erzeugt, die ebenfalls nahe beieinander liegen.

Die Länder Südosteuropas verhandeln bereits über den Beitritt oder verfügen zumindest über eine konkrete, wenn auch langfristige EU-Perspektive. Dennoch ist dann vorerst die gesamte Region von den Vorzügen der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Obwohl die EU der einzige erfolgversprechende Rahmen für die Region ist, sind die Brüsseler Instrumente für Reformunterstützung, Regional Kooperation und Krisenmanagement bislang ungenügend aufeinander abgestimmt. Instabilität, Heterogenität und die Spannung zwischen multilateraler Regional Kooperation und bilateraler EU-Integration werden die europäischen und regionalen Verantwortlichen nach der Osterweiterung 2004 verstärkt herausfordern.

Entscheidend für die Autorität der EU ist das glaubwürdige Integrationsversprechen, ohne das es weder funktionale Regional Kooperation noch erfolgreiches Konfliktmanagement noch nachhaltige Reformen geben wird. Ungeachtet der Türkei-Debatte gilt die „Balkan-Enklave“ seit der Beteuerung im Gründungsdokument des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, „die Region näher an eine Perspektive der vollständigen Integration dieser Länder in ihre Strukturen heranzuführen“,⁸ als Teil der europäischen Finalité. Allen Beteiligten ist klar, dass der Balkan Teil Europas ist, dass seine Probleme europäische Probleme sind und dass auch eine Lösung nur eine europäische sein kann.⁹

Paradoxerweise ist trotz aller Unterschiede zu Ostmitteleuropa das Modell der EU-Osterweiterung das einzig erfolgversprechende für Südosteuropa. Die heutige Ausgangslage in Südosteuropa ist eine andere als die der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Ostmitteleuropa zur Zeit des Europäischen Rates in Kopenhagen 1993. Nach der ersten größeren Runde der Osterweiterung im Jahre 2004 werden sich in Südosteuropa die Dilemmata von Regionalität, Konditionalität, Instabilität und Heterogenität mit aller Kraft zurückmelden. Der Stabilitätspakt und andere regionale Initiativen haben die Reformen und den Wiederaufbau in der gesamten Region gewiss beschleunigt, aber 2004 werden die Disparitäten eher größer als kleiner geworden sein. Diese Dilemmata sind ebenso struk-

⁸ Stabilitätspakt für Südosteuropa, Köln 10. Juni 1999.

⁹ Vgl. u.a. Bertelsmann Foundation: *The Balkans and New European Responsibilities* (Gütersloh 2000), S. 13-16.

turell und beharrlich wie die eigenen Probleme der Region, fordern aber in erster Linie die EU zu strategischer Konsistenz und Kreativität auf. Ein Prozess der Südosterweiterung wird ab 2004 die strategische und teils auch institutionelle Verzahnung von Stabilisierung, Integration, Transformationsunterstützung und Krisenmanagement erfordern.¹⁰

Die EU wird mit dieser Erweiterung im Osten an das Territorium von Ukraine, Belarus und gegebenenfalls Moldova vorrücken – von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. Mit Kaliningrad wird sogar ein Teil des russischen Territoriums eine Enklave innerhalb der EU bilden. Und wenn die Erweiterung um die Türkei auf eine EU-28 erfolgen sollte, würden Iran, Irak und Syrien als Nachbarn in Erscheinung treten. Auch die nordafrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten sind für Europa von zunehmender Relevanz. Das bedeutet, dass die Europäische Union Nachbarn haben wird, die politisch instabil, ethnisch polarisiert und wirtschaftlich rückständig sind. Allein im Blick auf dieses Risikopanorama ist daher politische Handlungsfähigkeit von einer neuen Qualität gefragt – mit einem außenpolitischen Handlungsschwerpunkt auf der Stabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft. Es stellt sich dann nicht nur die Frage nach der Aufnahmekapazität der Europäischen Union. Um diesen Druck zu bewältigen, braucht Europa vielmehr Klarheit, nach welcher Grundorientierung es künftig verfasst sein will.

Von historischer Bedeutung kann der gescheiterte Brüsseler Gipfel vom 12./13. Dezember 2003 werden.¹¹ Er wird als Startpunkt für eine differenzierte Gestaltung des Kontinents anzusehen sein. In der großen Europäischen Union der 25 und mehr Mitgliedstaaten wird man nicht auf den letzten Bremser warten wollen. Es werden sich Teil-Räume bilden, in denen Politik vorangetrieben wird. Wirtschaft und Währung, Außen- und Sicherheitspolitik, Innen- und Justizpolitik bergen große Aufgaben, wo staatsähnliche Leistungen erwartet werden. 25 und mehr Mitgliedstaaten können diese nicht alle zum gleichen Zeitpunkt und mit gleicher Intensität erbringen. Mit oder ohne Verfassung: Differenzierung wird Europas Weg in die Zukunft markieren. Spätestens seit dem Fehlschlag des Brüsseler Gipfels kursieren in der Europa-Debatte drei Formen: differenzierte Vertiefung im Rahmen der Verträge, außerhalb der Verträge und differenzierte Erweiterung.

In der EU-internen Reformdiskussion wird um Optionen gerungen, die es Gruppen von Mitgliedsländern im Rahmen der Verträge erlauben würden, die Vertiefung der Integration voranzutreiben, jenseits der Methode Monnet des kleinsten gemeinsamen Nenners. Auf Nizza zurückgeworfen stellen sich die Europa-Denker zunehmend die Frage, ob die Instrumente der offenen Koordinierung und der verstärkten Zusammenarbeit diesbezüglich in ihrer Wirkung nicht zu sehr eingeengt und formalisiert sind. Angesichts der neuen Herausforderungen, z.B. der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, rücken darüber hinaus zusehends Varianten der Differenzierung außerhalb der Verträge ins Blickfeld.

Die große Debatte zur differenzierten Integration der Vertiefung wird aber sauber getrennt von der Realität der differenzierten Integration der Erweiterung. Längst kennt die EU nicht mehr nur Insiders und Outsiders. Bei näherer Betrachtung kennt die EU neben der Vollmitgliedschaft noch mindestens drei Kategorien der Beziehungen, jeweils mit Unterkategorien und Ausnahmefällen:

¹⁰ Vgl. u.a. Wim van Meurs: „Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 10-11 (2003), S. 34-39.

¹¹ Vgl. u.a. Werner Weidenfeld: *Europas historische Chance – wider den unpolitischen Pessimismus*, http://www.stiftung.bertelsmann.de/de/12715_12730.jsp; Janis A. Emmanouilidis und Claus Giering: *Licht und Schatten – eine Bilanz der Konventsergebnisse*, Spotlight 08/2003.

- Zur Kategorie der Mitgliedskandidaten gehören nicht nur die zehn beitretenden Länder, sondern auch Rumänien und Bulgarien, die ihre Beitrittsverhandlungen noch nicht abgeschlossen haben (dies aber bis Ende 2005 beabsichtigen, um Anfang 2007 beitreten zu können), sowie die Türkei, mit der noch keine Verhandlungen eröffnet wurden.
- Dagegen verfügen die assoziierten Länder des Westbalkans allesamt über eine Beitrittsperspektive, werden aber ihre Beitrittsverhandlungen im Rahmen des eigens dazu geschaffenen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses absolvieren. Hier ließe sich unterscheiden zwischen den Ländern mit (Mazedonien und Kroatien) bzw. ohne (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro) bilaterales Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Sollte Kroatien Anfang des Jahres den Kandidatenstatus erhalten, würden die fünf Länder des Westbalkans nicht weniger als drei Unterkategorien bilden (auch wenn man von Kosovo als nicht-staatliche Entität absieht).
- Mit dem neuen strategischen Instrument Wider Europe/Neue Nachbarschaft¹² wird im Frühjahr 2004 eine neue Kategorie von Ländern geschaffen – ein Freundeskreis rund um die EU, aber gewiss noch heterogener als der Westbalkan, mit Ländern wie Marokko und Belarus, Russland und Israel. Außer ihrer Nachbarschaft zur EU scheinen die westlichen GUS-Staaten und die Mittelmeeranrainer wenig gemein zu haben. Das gleiche gilt jedoch unter den östlichen Nachbarn auch für die Diktatur Belarus, das kleine Moldova am Rande des Staatsversagens, die Großmacht Russland und die strategisch bedeutsame Ukraine, mit einem expliziten Beitrittsansinnen.¹³

Die Grenzziehungen innerhalb und zwischen diesen Kategorien sind jedoch, oftmals zurecht, nicht ohne Widersprüche.

Weiter unterminiert wird der hilfreiche Mythos der scharfen Trennung zwischen Außenseitern und Vollmitgliedern – hilfreich, weil es die Attraktivität der Mitgliedschaft und damit die Transformationshebel der EU hervorhebt – in der Praxis in vielen Bereichen. Die Tatsache, dass Kosovaren und Montenegriner in Euro zahlen, die Engländer und Schweden als EU-Vollmitglieder aber nicht, lässt sich noch als Skurrilität abtun. Bezeichnend für die fragwürdige Trennung zwischen interner und externer Differenzierung ist aber die Teilhabe Norwegens als Land, das die EU-Mitgliedschaft abgelehnt hat, am Schengenregime, während die Dänen die Vollmitgliedschaft ohne Schengen ausgehandelt haben. Umfassende asymmetrische Freihandelsabkommen erhielten die Westbalkanländer schneller als manche EU-Kandidaten. Die Staaten des Westbalkans werden seit dem Europäischen Rat von Thessaloniki in der Kooperation im Bereich Justiz und Inneres aus triftigen Gründen involviert und sollen Zugang zu den europäischen Bildungsprogrammen erhalten, ungeachtet ihres Status als „potentielle Kandidaten“. GASP und ESVP sind ebenfalls durch die in der Praxis unbedenkliche, wenn auch in den Entscheidungsstrukturen knifflige Einbeziehung von Nicht-EU-Staaten gekennzeichnet.

Die EU und die künftigen Nachbarstaaten stehen vor der Aufgabe, eine funktional definierte Kooperation zum zentralen Mechanismus der Nachbarschaftspolitik auszubauen. Dafür eignen sich insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Energie, Transport, Infrastruktur-entwicklung, Telekommunikation und Bildung. Auch ohne die Aussicht auf eine unmittelbare Mitgliedschaft kann auf diese Weise ein dichtes Kooperationsnetz geknüpft werden,

¹² European Commission, *Wider Europe – New Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours*, COM (2003) 104/3 vom 05.03.2003.

¹³ Vgl. u.a. Martin Brusis: „Von der Ost- zur Südosterweiterung? Die EU und der westliche Balkan“, in: *Osteuropa* 11 (2003), S. 1623-1638.

das bis zu einer gesamteuropäischen Freihandelszone reicht. Auf der Grundlage funktionaler Formen der Zusammenarbeit lässt sich die institutionelle Kooperation bis hin zu Optionen einer Teilmitgliedschaft in Einzelbereichen der europäischen Integration vertiefen. Auf diesem Weg der Differenzierung nach außen kann sich die Europäische Union zu einem Akteur mit gesamteuropäischer Perspektive entwickeln, ohne nach innen ihre Leistungsfähigkeit einzubüßen. Ohne Strategien der Differenzierung liefe die große Europäische Union Gefahr, das Schicksal klassischer Großstaatsbildungen zu wiederholen, die an der Gleichzeitigkeit von innerer Konsolidierung und äußerer Herausforderung gescheitert sind.¹⁴ Mancherorts würde die Trennung zwischen differenzierter Vertiefung und differenzierter Erweiterung nur noch für das geübte Auge erkennbar sein.

Mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten werden sich einzelne Ländergruppen vorwärts bewegen. Ob in der Wirtschafts- und Währungspolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik oder der Innen- und Justizpolitik – auf all diesen Feldern wird von der Europäischen Union die Erbringung staatsähnlicher Leistungen erwartet, die 25 und mehr Mitgliedstaaten nicht alle zum gleichen Zeitpunkt und mit gleicher Intensität erbringen können. Dafür werden die im Amsterdamer und Nizza-Vertrag verankerten Formen der verstärkten Zusammenarbeit nicht immer ausreichen. Der Konventsentwurf hätte viele dieser Handlungsbarrieren abgebaut. Dies gilt insbesondere für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Entwurf des Verfassungskonvents sah innovative und wegweisende Formen der differenzierten Integration im Bereich Sicherheit und Verteidigung vor. Erst kurz vor dem Brüsseler Gipfel hatten sich alle Mitgliedstaaten auf eine vertragliche Formel für eine strukturierte militärische Zusammenarbeit geeinigt. Solange die Verfassung nicht verabschiedet ist, wird diese Zusammenarbeit – wie schon an früheren Stationen der Integration – außervertraglich stattfinden.

Sicherlich bergen Einzelinitiativen außerhalb des EU-Rahmens – ohne vertragsrechtlich festgelegte Spielregeln und ohne Beteiligung der europäischen Institutionen – auch Risiken. Werden die Möglichkeiten der differenzierten Integration als Gestaltungsprinzip des großen Europa jedoch nicht genutzt, können die anstehenden Probleme nicht effizient gelöst werden. Diese Handlungsschwäche führt zu Stillstand und zu einer Erosion von innen. Die Idee der politischen Einheit Europas büßt ihre Bindekraft ein. Auf diesem Weg rutscht die Europäische Union zu einer Freihandelszone *de luxe* ab.

Differenzierung ermöglicht kooperationswilligen und -fähigen Mitgliedstaaten ihre Zusammenarbeit in Bereichen wie der Wirtschafts-, der Sozial-, der Innen- oder der Verteidigungspolitik zu vertiefen und damit den weiteren Integrationsweg zu ebnen. Das Ziel einer Politischen Union wird nicht aus den Augen verloren, sondern auf dem Weg der differenzierten Integration angesteuert.

Die Verfassung

Es gibt Momente, da muss man den Blick auf das Große und Ganze richten. Die Verabschiedung der Europäischen Verfassung durch den Europäischen Rat am 18. Juni 2004 in Brüssel war ein solcher Fall. Kaum war der Gipfel beendet, da begann der Wettlauf der

¹⁴ Vgl. Europas Alternativen. Aufgaben und Perspektiven der großen Europäischen Union, Vorlage zum International Bertelsmann Forum, Berlin, 9.-10. Januar 2004, abrufbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/medien/pdf/Strategiepapier-IBF_2004.pdf; siehe dazu auch: Iris Kempe, Wim van Meurs „Europe Beyond EU Enlargement“, in: *Prospects and Risks Beyond EU Enlargement*, 2 Bde (Opladen: Leske + Budrich, 2003), S. 7-62.

Kleinkrämer und buchhalterischen Mathematiker, die in virtuoser Detailversessenheit nach möglichen Schwierigkeiten im Kleingedruckten suchten. Selten wurden die Rechen-schieber und Kleincomputer intensiver von Europa-Analytikern traktiert. Und darüber ging dann das Gespür für die architektonische Wucht der verfassungspolitischen Entscheidung weitgehend verloren.¹⁵

Es ist erst im vierten Anlauf innerhalb eines halben Jahrhunderts gelungen, der Europäischen Integration den Rahmen einer Verfassung zu geben. Anfang der 50er Jahre scheiterte mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auch die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) – zugleich aber war es der Startschuss, die Römischen Verträge auszuhandeln. Im Jahr 1962 misslang der Versuch, der unter dem Namen der Fouchet-Pläne eine Politische Union kreieren sollte – unterzeichnet wurde jedoch der Deutsch-Französische-Freundschaftsvertrag 1963. Mit der ersten Direktwahl 1979 definierte das Europäische Parlament sich selbst quasi als verfassungsgebende Versammlung. Der unter der Federführung des Italieners Altiero Spinelli erarbeitete Verfassungsentwurf blieb jedoch in den Debatten der nationalen Institutionen hängen – wurde aber zu einem der Auslöser für die Einheitliche Europäische Akte, mit der das große Werk der Binnenmarkt-vollendung organisiert wurde.

Die schmerzhafteste Erfahrung dreifachen Scheiterns begleitet also den Versuch, Europa eine Verfassung zu geben.¹⁶ Kernfragen versuchte man dann auch erfolglos in den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza zu klären. Der Begriff der „Verfassung“ war über alledem europapolitisch geradezu tabuisiert. Europa war offenbar nicht reif und in der Lage, die Schlüsselerkenntnisse über Architektur und Macht zu fällen.

Diesen historischen Abstand muss man wählen, um die angemessenen Proportionen für den aktuellen Schritt der EU zu erfassen. Wenn jetzt die über Jahrzehnte schier unüberwindlich erscheinenden Hürden genommen werden konnten, dann gibt es dafür mehrere Gründe. Ein Europa, das magnetisch immer mehr Aufgaben und immer mehr Mitglieder an sich zieht, lechzt geradezu nach verbürgter Zuverlässigkeit. Es ist nicht länger bloß ein Gegenstand von Pathos und Vision, sondern Produzent von öffentlichen Gütern, an den harte Leistungserwartungen zu richten sind. Den Imperativ handlungsfähiger Zuverlässigkeit hat die Europäische Union in eine Verfassung zu gießen versucht. Dies gibt der Integration nicht nur Effizienz, es gibt ihr vor allem eine neue politische Dignität.¹⁷

15 Siehe auch Werner Weidenfeld: Europas neues Gesicht, in: Internationale Politik, 7/2004; Janis A. Emmanouilidis: Historisch einzigartig, im Detail unvollendet – eine Bilanz der Europäischen Verfassung, Reform-Spotlight 03/2004, abrufbar unter www.cap.uni-muenchen.de/download/spotlight/Reform_spotlight_03-04_d.pdf.

16 Vgl. u.a. Gerold Ambrosius: Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien, Frankfurt a. M. 1996; Martin J. Dedman: The Origins and Development of the European Union, 1945-95, London 1996; Wilfried Loth: Der Weg nach Europa, Göttingen 1990. Walter Lippens (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um eine europäische Verfassung, Bonn 1986; Wilfried Loth/Wallace, William/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer?, Bonn 1994; Werner Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Aufl., Bonn 2002.

17 Vgl. u.a. Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2004; Claus Giering (Hrsg.): Der EU-Reformkonvent – Analyse und Dokumentation, CD-ROM, Gütersloh / München 2003; Talia Einhorn (Hrsg.): Spontaneous Order, Organization and the Law. Roads to a European Civil Society, Nomos 2003; Ernst-Joachim Mestmäcker: Wirtschaft und Verfassung in der Europäischen Union, Nomos 2003; Wolf Schäfer (Hrsg.): Zukunftsprobleme der europäischen Wirtschaftsverfassung, Berlin 2004; Carsten Berg/Georg Kristian Kampfer (Hrsg.): Verfassung für Europa. Der Taschenkommentar für Bürgerinnen und Bürger, Bielefeld 2004.

Die Europäische Union wäre über kurz oder lang in eine dramatische Legitimationskrise geraten. Ein geradezu übermächtiges System, das drastisch in fast alle politischen Lebensbereiche interveniert, verträgt in Zeiten demokratischer Ideen nicht mehr jene gigantische Verzerrung durch die bisher gegebenen Stimmgewichtungen im Ministerrat. Die Abschaffung dieses Übels in der Entscheidungsfindung ist der eigentliche historische Schritt, der das System zukunftsfähig macht. Die Zahl der Bürger und die Zahl der Staaten – das sind die einzigen Kategorien der Legitimation im Zeitalter der Demokratien. Dies ist erreicht – auch wenn es offenbar jenseits des Verständnishorizonts der mathematischen Prozentvirtuosen liegt, die den Gipfel nachträglich in den Nebel minimalistischer Verkürzungen zu rücken versuchten.

Politik ist Personenwerk – nicht die Ansammlung seelenloser Apparate. Wer Politik verstehbar gestalten will, der muss ihr konkrete Gesichter geben. Auch Europa lebt von dieser unverzichtbaren Personalisierung. Der Präsident des Europäischen Rates, der gestärkte Kommissionspräsident und der europäische Außenminister – Europa bekommt nun fassbare Gesichter, auf die sich Vertrauen und Misstrauen, Zustimmung und Ablehnung fixieren lassen. In Verbindung mit dem legitimatorischen Akt der mehrfachen Parlamentszustimmung reift hier eine Konstruktion von Politik heran, die wirklich belastbar wird. Dass es erstmals in der Geschichte der Integrationen zu einer offenen Kampfkandidatur um das Amt des Kommissionspräsidenten gekommen ist, beweist die Erwartung positiver Politisierung. Die Besetzung des Spitzenamtes kann sich nicht länger der öffentlichen Verantwortung entziehen.

Die Verfassung lässt zu weiten Teilen das bisherige Wildwuchs-Europa hinter sich: die vielen verschiedenen Verfahren, die hohe Zahl von Einstimmigkeitserfordernissen. Die Mehrheitsabstimmungen werden deutlich ausgebaut. Das Mitentscheidungsverfahren wird zum Regelverfahren. Europa wird praktisch zum Zwei-Kammer-System. Daraus entsteht ein neues Maß an Vertrautheit, weil die Prozederen nahe an gewohnte nationale Traditionen rücken. Vertrautheit ist eine der Währungen, die in Effizienz umzumünzen sind.

Weitgehend verschont von öffentlicher Aufmerksamkeit und großer Kontroversen bleiben zwei institutionelle Vorkehrungen, die das Profil des künftigen Europa strategisch weitreichend verändern können: die offene Methode der Koordinierung und die bereits genannte differenzierte Integration. Die offene Methode der Koordinierung,¹⁸ die der Vertrag von Nizza initiiert hatte, wird in der Verfassung deutlich ausgedehnt. Diese Methode reduziert den europäischen Anteil auf die Vorgabe von Zieldaten und die Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarungen. Es handelt sich um ein – aus der Wirtschaft bestens bekanntes – flexibles Instrumentarium. Die Verfassung will diesen modernen Ansatz, der Integration mit Dezentralisierung verbinden lässt, anwenden in so wichtigen Feldern wie Wirtschaftspolitik (hier u.a. Herstellung von Vollbeschäftigung, Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung), Sozialpolitik (hier u.a. Beschäftigung, soziale Sicherheit, Gesundheitsschutz), Forschungs- und Technologiepolitik, Gesundheitswesen, Industriepolitik, Kultur, Tourismus, Bildung, Jugend, Sport und Katastrophenschutz.

Nun ließe sich eine lange Liste von positiven und negativen Punkten, von Licht und Schatten im Verfassungstext aufmachen: Das Dokument ist wieder zu sperrig, zu umfangreich, zu detailliert. Es existieren in einzelnen Nuancen Widersprüche. Etliche Einzel-

18 Vgl. Claus Giering und Almut Metz: Versuchslabor der Integration. Chancen und Risiken der „offenen Methode der Koordinierung“, Reform-Spotlight 02/2004, abrufbar unter www.cap.uni-muenchen.de/download/spotlight/Reformspotlight_02-04_d.pdf.

punkte sind halbherzig formuliert, eher faule Kompromisse. Für das Gesamtprofil der Integration bleiben solche Aspekte irrelevant. Für die historische Perspektive bleibt nur ein großes Manko der Verfassung wirklich relevant: die fehlende Ordnung der Kompetenzen. Jede Verfassung verfügt im Kern über eine solche Ordnung der Zuständigkeiten. Verantwortung, Zurechenbarkeit, Rechenschaft, öffentliche Kontrolle – vieles hängt an einer transparenten Kontrolle. Als der Auftrag zu einem Vertrag über die Verfassung erging, stand dieses Ziel im Zentrum. Daraus ist nichts geworden. Es ist beim unseligen Prinzip der Einzelermächtigung geblieben – der Grund der Intransparenz. Je mächtiger Europa künftig sein wird, desto schmerzlicher wird dieses Defizit empfunden werden. Auf Dauer wird die Union diesem Druck, mehr Klarheit zu schaffen, nicht widerstehen können.

Mit Interesse gilt es, die Entwicklung der politischen Kultur Europas als Basis und Resonanzboden der Verfassung zu beobachten. Die Pressekonferenzen direkt im Anschluss an das Ende des Brüsseler Gipfels lieferten dazu aufschlussreiche Szenen: Alle Akteure werteten den Gipfel als historischen Erfolg. Aber Blair unterlegte dies mit der Begründung, dass es in zahlreichen Fällen bei der Einstimmigkeitsregel geblieben sei. Schröder feierte den Übergang zur doppelten Mehrheit und Chirac lieferte als Hauptargument die Einrichtung der neuen Präsidentschaft im Europäischen Rat. Jeder traf einen anderen Akzent der gemeinsamen europäischen Wirklichkeit. Europäische Kultur wird diese Differenz zu strategischer Einheit bündeln müssen – ein herausforderndes Unterfangen.

Salopp könnte man alles in allem sagen: Nach der Verfassung ist vor der Verfassung. Differenzierter ausgedrückt: Nach dem Prozess der Ratifizierung wird das Ringen um die Reform und Fortentwicklung der Verfassung beginnen. Denn auch die Verfassung ist nicht das Ende der Geschichte.

Weiterführende Literatur

- Antonio Missiroli (Hrsg.): From Copenhagen to Brussels. European defence: core documents, Chaillot Papers, Nr. 67, Dezember 2003.
- Batt, Judy: „Neue Nachbarn“ im Osten. Die Außengrenze der erweiterten EU, in: Internationale Politik, 59. Jg., 4/2004.
- Beck, Ulrich / Edgar Grande: Kosmopolitisches Europa, Frankfurt a. M. 2004.
- Bellers, Jürgen: Der schöne Schein der EU, Schriften des Faches Politikwissenschaft, Siegen 2004.
- Bertelsmann Foundation: A European Defence Strategy, Gütersloh 2004.
- Bitterlich, Joachim: Das Europa der Zukunft, Düsseldorf 2004.
- Börzel, Tanja / Cichowski, Rachel A. (Hrsg.): The State of The European Union – Law, Politics, and Society, Vol. 6, Oxford 2003, S. 197-220.
- Brusis, Martin: Stand und Steuerung der Transformation, in: Europäische Rundschau, 31. Jg., 3/2003.
- Chardon, Matthias et al.: Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2004.
- Chardon, Matthias / Göth, Ursula / Große Hüttmann, Martin / Probst-Dobler, Christine (Hrsg.): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003.
- Dauderstädt, Michael: Das erweiterte Europa in einer bedrohlichen Welt, in: integration, 1-2/2004.
- de Vries, Gijs: Eine heikle Balance – Der Konvent aus Sicht eines kleinen Mitgliedstaats, in: integration 4/03, S. 390-397.
- Ehrhart, Hans-Georg: GASP/ESVP im Umbruch, in: Europäische Rundschau, 31. Jg., 3/2003.

- Emmanouilidis, Janis A. / Giering, Claus: In Vielfalt geeint – Elemente der Differenzierung im Verfassungsentwurf, in: *integration* 4/03.
- Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hrsg.): *Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation*, München 2004.
- Giering, Claus (Hrsg.): *Der EU-Reformkonvent – Analyse und Dokumentation*, CD-ROM, Gütersloh / München 2003.
- Giering, Claus: Europa findet sich überall – Legitimationsketten und Bürgerbeteiligung in der EU, in: Piazzolo, Michael (Hrsg.): *Bürger für Europa. Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Europa-Union. Bezirksverband München*, München 2003.
- Glötz, Peter: Das Völkerkonglomerat. Joschka Fischers Wende vom Kerneuropa zum strategischen Europa, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Göler, Daniel / Hartmut Marhold: Die Konventsmethode, in: *integration*, 4/2003.
- Gosewinkel, Dieter / Rucht, Dieter / van den Daele, Wolfgang / Kocka, Jürgen (Hrsg.), *Zivilgesellschaft – national und transnational*, WZB-Jahrbuch 2003, Berlin 2004, S. 267-284.
- Goulard, Sylvie: Die Rolle der Kommission im Konvent: Eine Gratwanderung, in: *integration* 4/03.
- Green Cowles, Maria / Dinan, Desmond (Hrsg.): *Developments in the European Union 2*, New York 2004, S. 25-46.
- Hänsch, Klaus: Der Konvent – unkonventionell, in: *integration* 4/03.
- Hartwig, Ines: Eine neue Finanzverfassung für die Europäische Union, in: *integration* 4/03.
- Heinz, Wolfgang S.: Internationale Terrorismusbekämpfung und Achtung der Menschenrechte, in: *APuZ*, B 3-4/2004.
- Herzinger, Richard: Warnung vor dem Wolfe. Kehrt der Antisemitismus nach Europa zurück?, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Hippler, Jochen: Die Folgen des 11. September 2001 für die internationalen Beziehungen, in: *APuZ*, B 3-4/2004.
- Hrbek, Rudolf: Die deutschen Länder und der Verfassungsentwurf des Konvents, in: *integration* 4/03.
- Hrbek, Rudolf: Föderalismus sui generis – der Beitrag des Konvents zur Verfassungsstruktur der erweiterten EU, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 1. Jg., 3/2003.
- Inotai, András: Erfolgreiche Erweiterung durch zügige Vertiefung: Prioritäten der EU-25, in: *integration*, 1-2/2004.
- Jopp, Mathias / Elfriede Regelsberger: GASP und ESVP im Verfassungsvertrag – eine neue Angebotsvielfalt mit Chancen und Mängeln, in: *integration*, 4/2003.
- Jopp, Mathias / Lippert, Barbara / Regelsberger, Elfriede: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik nach der Erweiterung – politische und institutionelle Herausforderungen und Lösungsansätze, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin 2004, S. 73-110.
- Kempe, Iris (Hrsg.): *Prospects and Risks Beyond EU Enlargement. Challenges of a Pan-European Policy*, Opladen 2003.
- Kerski, Basil: Zwischen Desinteresse und Misstrauen. Zur Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Knipping, Franz / Schönwald, Matthias (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984*, Europäische und Internationale Studien 3, Trier 2004.
- Knipping, Franz: *Rom, 25. März 1957 – Die Einigung Europas*, München 2004.
- Kohler-Koch, Beate / Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle: *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden 2004.
- Kramer, Heinz: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und die Türkei, in: *integration*, 1-2/2004.

- Krause, Joachim: Eine neue Dimension. Europa braucht eine Strategie gegen islamistischen Terror, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Lang, Kai-Olaf: Störenfriede oder Ideengeber? Die Neuen in der GASP, in: *osteuropa*, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, Berlin, S. 443-459.
- Laschet, Armin / Friedbert Pflüger (Hrsg.): *Irland in Europa*. Karlspreis an Pat Cox 2004, Weiss Verlag 2004.
- Leibfritz, Willi: Auswirkungen des Terrorismus auf die Volkswirtschaften und die Wirtschaftspolitik, in: *APuZ*, B 3-4/2004.
- Lejins, Atis: Die baltischen Staaten an der Pforte zur EU, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin 2004.
- Loquai, Heinz: Neue Gewalt im Kosovo, *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Maurer, Andreas / Becker, Peter: *Die Europafähigkeit nationaler Parlamente – Herausforderungen des EU-Verfassungsvertrags für den deutschen Parlamentarismus*, Berlin 2004.
- Maurer, Andreas: Die Macht des Europäischen Parlaments. Eine-prospektive Analyse im Blick auf die kommende Wahlperiode 2004-2009, SWP-Studie S 11, Berlin 2004.
- Maurer, Andreas: Die Methode des Konvents – ein Modell deliberativer Demokratie?, in: *integration* 2/03.
- Maurer, Andreas: Orientierung im Verfahrensdickicht? Die neue Normenhierarchie der Europäischen Union, in: *integration*, 4/03.
- Maurer, Victor: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: *APuZ*, B 3-4/2004.
- Meurs, Wim van (Hrsg.): *Prospects and Risks Beyond EU Enlargement. Southeastern Europe: Weak States and Strong International Support*, Opladen 2003.
- Meyer, Jürgen / Hölscheidt, Sven (2003): Die Europäische Verfassung aus Sicht des Deutschen Bundestags, in: *integration* 4/03.
- Meyer, Jürgen / Sven Hölscheidt: Wie der Konvent Europa verfasst hat, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 1. Jg., 3/2003.
- Monar, Jörg: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Verfassungsentwurf des Konvents, , in: *integration*, 4/2003.
- Monar, Jörg: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der erweiterten Union, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin, S. 221-240.
- Müller, Harald: Das transatlantische Risiko – Deutungen des amerikanisch-europäischen Weltordnungskonflikts, in: *APuZ*, B 3-4/2004.
- Müller-Graff, Peter-Christian: Strukturmerkmale des neuen Verfassungsvertrages für Europa im Entwicklungsgang des Primärrechts, in: *integration* 3/04.
- Müller-Graff, Peter-Christian: Systemrationalität in Kontinuität und Änderung eines europäischen Verfassungsvertrags, in: *integration* 4/03.
- osteuropa*: Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, 54. Jg./Heft 5-6/Mai-Juni 2004.
- Patel, Kiran Klaus: Europas Symbole. Integrationsgeschichte und Identitätssuche nach 1945, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Piazolo, Michael (Hrsg.): *Bürger für Europa*. Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Europa-Union. Bezirksverband München, München 2003.
- Rappenglück, Stefan: Europäische Jugendpolitik als Investition für die Zukunft, in: Piazolo, Michael (Hrsg.): *Bürger für Europa*. Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Europa-Union. Bezirksverband München, München 2003.
- Regelsberger, Elfriede: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003, Baden-Baden 2004.
- Reiter, Erich: Die Sicherheitsstrategie der EU, in: *APuZ*, B 3-4/2004.

- Risse, Thomas: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik? Der Verfassungsvertragsentwurf und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in: *integration* 4/03.
- Schmale, Martin: Österreich und Europa, in: *Europäische Rundschau*, 31. Jg., 3/2003.
- Schoutheete, Philippe de: Die Debatte des Konvents über den Europäischen Rat, in: *integration* 4/03.
- Serfaty, Simon (Hrsg.): *The European Finality Debate and Its National Dimensions*, Center for Strategic and International Studies, Washington 2003.
- Walter, Norbert: In Bewegung bleiben. Chancen und Herausforderungen des „Big Bang“, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2004.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Herausforderung Terrorismus. Die Zukunft der Sicherheit*, Wiesbaden 2004.
- Weidenfeld, Werner / Josef Janning: Europas Alternativen. Gestaltungsoptionen für die große EU, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004, S. 1-10.
- Weidenfeld, Werner / Rita Süßmuth (Hrsg.): *Managing Integration. The European Union's Responsibility Towards Immigrants*, Gütersloh 2004.
- Weidenfeld, Werner: Eingesessene, Ankommende und Außenstehende. Das große Europa ist gemeinsam zu gestalten, in: *Europäische Rundschau*, Sondernummer 2004, S. 65-80.
- Weidenfeld, Werner: Stabilitätsanker in Europa. Das neue Selbstverständnis der EU, in: *Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung*, Festschrift für Prof. Dr. Jürgen Schwarz, Wiesbaden 2004, S. 338-351.
- Weidenfeld, Werner; et al. (Hrsg.): *From Alliance to Coalitions – The Future of Transatlantic Relations*, Gütersloh 2004.
- Weise, Christian: Agenda 2007 – Kosten und Finanzierung der erweiterten europäischen Union, in: Lippert, Barbara (Hrsg.): *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*, Berlin 2004, S. 177-196.
- Wessels, Wolfgang / Maurer, Andreas / Mittag, Jürgen (Hrsg.): *Fifteen into one? The European Union and its member states*, Manchester/New York, S. 413-454.
- Wessels, Wolfgang: Der Verfassungsvertrag im Integrationstrend: Eine Zusammenschau zentraler Ereignisse, in: *integration*, 4/2003.
- Wessels, Wolfgang: Institutionelle Architektur für eine globale (Zivil-)Macht? Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im „Verfassungsvertrag“, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 1. Jg., 3/2003.
- Wessels, Wolfgang: Konstitutionalisierung der EU: Variationen zu einem Leitbegriff - Überlegungen zu einer Forschungsagenda, in: Chardon, Matthias u.a. (Hrsg.): *Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert*. Festschrift für Rudolf Hrbek zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003, S. 23-45.
- Wiener, Antje / Diez, Thomas (Hrsg.): *Theories of European Integration: Past, Present and Future*, Oxford 2004, S. 25-43.
- Winkler, Jan / Jaroslav Kurfürst: Eine gemeinsame Sicherheitsstrategie für Europa. Die Prager Perspektive, in: *Internationale Politik*, 59. Jg., 4/2004.
- Zuleeg, Manfred: *Der rechtliche Zusammenhalt der Europäischen Union*, Baden-Baden 2004.